

# POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

**Projektland: Burkina Faso**

**Datum: 02. November 2014**

## **Ein Volk sagt Nein Volksaufstand im westafrikanischen Burkina Faso**

In dem Augenblick, in dem diese Zeilen entstehen, fallen in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos, wieder Schüsse. Eine aufgebrachte Menschenmenge will es nicht hinnehmen, dass eine Clique von Militärs in einem Moment des Machtvakuumms die Regierungsgewalt an sich reißt. Nach Tagen der Ungewissheit über die Zukunft des armen Sahellandes sehen sich die Menschen auf der Straße um die Früchte ihres Erfolgs gebracht. Was war geschehen?

„Ich habe die Botschaft verstanden“, verkündete der seit 1987 viermal wiedergewählte Präsident der Republik Burkina Faso, Blaise Compaoré, bevor er in einer Fernsehansprache am Abend des 31. Oktober 2014 offiziell seinen Rücktritt erklärte. Vorausgegangen waren Monate der Spannungen, die im ganzen Land und quer durch alle Schichten der burkinischen Gesellschaft zunehmend spürbar waren. Seit seiner letzten Wiederwahl 2010 lag die Frage nach einer weiteren Verfassungsänderung zu seinen Gunsten wie ein Schleier über der öffentlichen Szene des Landes. Das Fass zum Überlaufen brachte letztlich der jüngste Versuch, das Parlament am 30. Oktober direkt über eine Änderung des Art. 37 der geltenden Verfassung und damit über eine mögliche neuerliche zweimalige Mandatsverlängerung abstimmen zu lassen. Nur mit den Stimmen von zwei Parteien, die nicht dem Regierungslager angehören, wäre die hierfür erforderliche Dreiviertelmehrheit möglich gewesen. Abgeordnete von diesen beiden Parteien hatten sich bereits im Vorfeld der Abstimmung positiv dazu geäußert. Diese Abgeordneten wurden sogar am Vorabend des 30. Oktober 2014 unter Polizeischutz gestellt, um ihre Teilnahme an der Abstimmung sicher zu stellen.

Der 30. Oktober 2014 mobilisierte dann in einer Weise die Menschen des Landes, wie es Burkina Faso in dieser Form noch nicht erlebt hat. In praktisch allen Landesteilen marschierten die Menschen zu den öffentlichen Gebäuden. In Ouagadougou natürlich zur „Assemblée Nationale“, dem republikanischen Symbol im Herzen der Hauptstadt. Bereits vor der für 10 Uhr anberaumten Abstimmung lag das öffentliche Leben des Landes brach. Rund um das Parlament konnten die sehr moderat handelnden Sicherheitskräfte die Menschen nicht mehr unter Kontrolle halten. Die Demonstranten verschafften sich mit Gewalt Zugang zum Parlament und verhinderten somit die parlamentarische Farce. Dass es bei den folgenden landesweiten Protesten nicht mehr als etwa 30 Tote gab, ist sicherlich den umsichtigen Polizeikräften zu verdanken. Leider schlug dann im Laufe des 30. und 31. Oktober der allgemeine Unmut auch in Plünderungen und Gewalt um, trotz zahlreicher Appelle von Vertretern der Opposition, der Zivilgesellschaft und der Sicherheitskräfte. Erst am Samstag, 01. November 2014, beruhigte sich allmählich die

Situation. In den großen Städten des Landes kam es sogar zu Solidaraktionen, um die Schäden nach den Demonstrationen zu beseitigen.

Am 30. und 31. Oktober wurden zwar öffentliche Gebäude niedergebrannt, darunter auch das Parlament. Auch gingen außer Rand und Band geratene jugendliche Gruppen landesweit gezielt gegen Vertreter des Regimes vor. Insgesamt überraschte diese machtvolle und solidarische Demonstration einer breiten unzufriedenen Mehrheit der Bevölkerung die politische Elite des Landes völlig.

Zum Glück hat es der Präsident unterlassen, zur „ultima ratio“ zu greifen und die Armee gegen sein Volk marschieren zu lassen. Er hat damit sicherlich eine noch größere Katastrophe verhindert. Es bedurfte aber erst dieser – unerwarteten – Reaktion der Straße, damit der Präsident die Unmöglichkeit einer erneuten Mandatsverlängerung verstand.

Auch die Armee, oder genauer, die Nr. zwei der elitären Präsidentengarde und der Armeechef tun sich noch immer schwer, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Nach der Auflösung der Regierung als quasi letzte Amtshandlung des Präsidenten ernannten sich beide zum neuen Staatschef. Oberstleutnant Zida der Präsidentengarde setzte sogar kurzerhand die Verfassung außer Kraft. Mehr als 24 Stunden vergingen, in denen sich beide hinter verschlossenen Türen über die Macht stritten und das Volk im Ungewissen ließen. Die Vorgaben der Verfassung, für deren Auflösung niemand außer dem Parlament das Mandat hätte, wurden dabei nach „afrikanischem“ Muster kurzerhand übergangen.

Am Sonntag, 02. November 2014, verspürte man zwar eine gewisse Protestmüdigkeit. Drückende Temperaturen und seit Tagen geschlossene Geschäfte bewirkten Versorgungsengpässe und taten ihr Übriges. Gleichwohl gelang es einer weiterhin entschlossen auftretenden bürgerlichen Bewegung, die selbst ernannten militärischen Führer zu Gesprächen zu zwingen.

Deren Ausgang ist zwar nach wie vor ungewiss. Es zeichnet sich aber ab, dass der Druck der Öffentlichkeit keine Alleingänge außerhalb der Verfassungsmäßigkeit zulassen wird. Entsprechende Vorstöße des UN-Entsandes vor Ort, der Afrikanischen Union und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft sind deutliche Signale in Richtung möglicher Alleingänge. Auch die USA haben sich sehr eindringlich für eine zivile, und in Übereinstimmung mit der Verfassung befindliche Übergangsregierung ausgesprochen. Die nächsten Stunden und Tage entscheiden sicherlich über das weitere Schicksal Burkina Fasos.

Die Geschehnisse in Ouagadougou könnten sehr nachhaltige und sicherlich über Westafrika hinausgehende Wirkungen haben. Die Parallelen zu den Ereignissen rund um die „Révolution du jasmin“ Tunesiens sind kaum zu übersehen. Auch dürfte manch ein afrikanischer Staatschef unruhiger als bisher geschlafen haben. Die Zeiten, in denen der Stab der Macht absolutistisch weitergereicht und Verfassungen den persönlichen Belangen angepasst werden, scheinen ihrem Ende entgegenzugehen, trotz Armut und strukturell noch immer völlig unzureichender Bildungs- und Sozialstrukturen. Eine Bevölkerung, die zu 70 Prozent jünger als 25 Jahre ist und nie einen anderen Präsidenten kannte, erlebt nun, wie sich in Tunesien eine säkulare Demokratie entwickelt. Diese Bevölkerung informiert sich politisch über soziale Netzwerke und muss zunehmend feststellen, dass die politisch Gewählten mehr an ihr eigenes Wohl als an das der Bürger denken. Diese Gesellschaft entwickelt ganz offenbar eine neue und bislang für wenig wahrscheinlich gehaltene Kraft und Dynamik. Vom Oktober 2014 in Burkina Faso könnte das Signal ausgehen, dass die Zeit der Autokraten ihren Höhepunkt überschritten habe, dass Verfassungen mit Leben erfüllt werden müssen und staatsbürgerliche Rechte und Pflichten für jeden Bürger gelten.

Bis dahin ist es sicherlich noch ein weiter Weg, nicht nur für die Menschen in Burkina Faso, einem der ärmsten Länder dieser Welt. Es ist ihnen zu wünschen, dass auch die „ewig Gestrigen“ die Botschaft verstehen, die hier auf tausenden von Plakaten zu lesen war: „ne touche pas à la constitution“, „Hände weg von der Verfassung“. Eine Botschaft, die auch der in die Côte d’Ivoire geflohene Ex-Staatspräsident Blaise Compaoré nunmehr verstanden haben dürfte.

**Autor: Ralf Wittek, Regionalrepräsentant der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika**

#### IMPRESSUM

Erstellt: 02. November 2014  
Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2014  
Lazarettstr. 33, 80636 München  
Vorsitzende: Prof. Ursula Männle  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf  
Verantwortlich: Dr. Susanne Luther  
Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit  
Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359  
E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)